

Drei Freiburger Initiativen fordern robustes Trockenlager nach der Schließung des AKW Fessenheim Auch zwei Bls am Standort Biblis und BUND Hessen mit entsprechender Forderung

IPPNW Freiburg, Fukushima nie vergessen e.V. und die Anti-Atom-Gruppe Freiburg stellen sich hinter die Forderung einer binationalen neunköpfigen Arbeitsgruppe nach einem robusten, nach neuestem Stand der Technik ausgelegten Trockenlager am Standort des AKW Fessenheim. Am Freitag, 22. Mai 2020, wurde zudem bundesweit bekannt, daß zwei Bürgerinitiativen am Standort Biblis sowie der BUND Hessen ein robustes Trockenlager auf dem Gelände des 2011 stillgelegten AKW Biblis fordern.

Am 3. September 2019 hatte sich die binationale Arbeitsgruppe bei einer Sitzung der Anti-AKW-Koordination in Breisach konstituiert und seitdem etliche Expertisen von Fachleuten zu den bevorstehenden Problemen nach der Schließung des AKW Fessenheim eingeholt. In den vergangenen acht Monaten hatte die Arbeitsgruppe immer wieder den 24 im Dreieckland (Elsaß, Südbaden und Nord-Ost-Schweiz) gegen die Atomenergie engagierten Gruppen über die gewonnenen Erkenntnisse berichtet.

Der Grund für die Forderung der beiden Bürgerinitiativen AK.W.Ende und Atomerbe Biblis und des BUND Hessen nach einem robusten Trockenlager für abgebrannte Brennelemente am Standort des stillgelegten AKW Biblis ist die hochriskante Lagerung radioaktiven Mülls vor Ort. Das sogenannte Zwischenlager, in dem sich derzeit hochradioaktiver Atommüll des AKW Biblis befindet, ist mit nur 80 Zentimetern dicken Wänden und Decke nicht sicher. Anti-AKW-Initiativen weisen seit vier Jahren darauf hin, daß sämtliche 16 sogenannten Zwischenlager in Deutschland illegal betrieben werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Januar 2015 in oberster Instanz wegen der mangelnden Sicherheit dem sogenannten Zwischenlager am AKW-Standort Brunsbüttel die Genehmigung entzogen. Sämtliche 16 deutschen "Zwischenlager" für hochradioaktiven Müll sind baugleich oder sogar weniger stabil errichtet.

Im Gegensatz zu Frankreich ist der Abtransport der hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus deutschen Atomkraftwerken in die Plutoniumfabriken La Hague (Frankreich) oder Sellafield (Großbritannien) schon lange nicht mehr erlaubt. Diese Fabriken werden dennoch in Deutschland immer noch häufig irreführender Weise als Wiederaufarbeitungsanlagen bezeichnet. Die angelieferten Brennstäbe werden dort zerkleinert und in Chemikalien aufgelöst, um das darin enthaltene Plutonium zu separieren. Mit einem Recycling oder einem "Brennstoffkreislauf", wie es von Seiten der Atomenergie auch im Falle der geplanten "Wiederaufarbeitungsanlage" Wackersdorf vor vielen Jahren propagiert wurde, hat dies alles nicht das Geringste zu tun. Die Plutonium-Fabrik (usine plutonium) La Hague ist einer der weltweit schlimmsten Hotspots der Radioaktivität. Die in der Nähe des AKW Flamanville befindliche Fabrik am Cap de la Hague gibt nach Angaben des World Information Service on Energy' (WISE) in Paris 40mal mehr Radioaktivität in die Umwelt ab als alle rund 400 weltweit betriebenen Reaktoren zusammen. Transporte von abgebrannten Brennelementen aus deutschen Atomkraftwerken in eine dieser Plutoniumfabriken sind seit dem 1. Juli 2005 nicht mehr zugelassen.

Die Badische Zeitung berichtete am 27. April 2020 unter der Überschrift "Atomkraftgegner fordern Lagerhalle für Brennelemente aus Fessenheim" über die Forderungen der binationalen Arbeitsgruppe. Explizit forderte der Anti-Atomkraft-Aktivist und ehemalige Bundestagsabgeordnete Eberhard Bueb, der schon in den 1980er-Jahren mit dazu beigetragen hatte, eine "Wiederaufarbeitungsanlage" Wackersdorf zu verhindern, im Namen der neunköpfigen Arbeitsgruppe den Bau eines Trockenlagers mit Stahlbetonwänden und Decken von mindestens 1,8 Meter Dicke. Vorbild ist der geplante Bau eines entsprechend robusten Trockenlagers am Standort Lubmin.

Der französische Stromkonzern und AKW-Betreiber EdF reagierte umgehend und gab bekannt, keine solche Halle bauen zu wollen. Damit jedoch geben sich die drei Freiburger Initiativen nicht zufrieden. Sie befürworten eine länderübergreifende Diskussion über Möglichkeiten, die langfristigen Gefahren und Risiken des Atommülls so klein wie irgend möglich zu halten, und sie erachten einen Abtransport abgebrannter Brennelemente in die Plutoniumfabrik La Hague für "nicht verantwortbar."